



Grußwort

von

**Hartmut Koschyk MdB
Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister der Finanzen**

anlässlich der Podiumsdiskussion

**130 Jahre Deutsch-Koreanische Beziehungen:
Gemeinsame Herausforderungen im „Asiatischen
Jahrhundert“**

**am Donnerstag, dem 18. April 2013
um 18.00 Uhr
im Koreanischen Kulturzentrum in Berlin**

Als Ehrenpräsident der Deutsch-Koreanischen Gesellschaft, Ko-Vorsitzender des Deutsch-Koreanischen Forums sowie als ehemaliger Vorsitzender der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag möchte ich alle Teilnehmer an der heutigen Podiumsdiskussion „130 Jahre Deutsch-Koreanische Beziehungen: Gemeinsame Herausforderungen im „Asiatischen Jahrhundert“ herzlich begrüßen. Mein besonderer Dank gilt den Organisatoren der heutigen Veranstaltung, dem Koreanischen Kulturzentrum, der Konrad Adenauer-Stiftung und der g+h communication unter der Leitung der Geschäftsführerin der Deutsch-Koreanischen Gesellschaft, Frau Rhan Gunderlach. Ganz besonders begrüßen möchte ich den Botschafter der Republik Korea, S.E. Jae-shin Kim, den stellv. Leiter Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad Adenauer Stiftung, Herrn Frank Priess und der Teamleiterin Asien und Pazifik der Konrad Adenauer Stiftung, Frau Dr. Beatrice Gorawantschy. Ganz besonders danken möchte ich natürlich den Podiumsdiskussionsteilnehmern für ihr Kommen: Herrn Hans Günther Hilpert, stellvertretender Forschungsgruppenleiter Asien der Stiftung Wissenschaft und Politik, Herrn Prof. Dr. Werner Pascha, Lehrstuhlinhaber für Ostasienwissenschaft/Japan und Korea an der Universität Duisburg, Herrn Peter Röhl, Präsident des Instituts für Strategie, Politik, Sicherheits- und Wirtschaftsfragen und MinDirig Peter Prügel, Regionalbeauftragter für Asien und Pazifik im Auswärtigen Amt sowie den Moderator des heutigen Abends, den Journalisten Günter Knabe.

Ich wurde gebeten, einleitend kurz auf die aktuelle politische Situation auf der koreanischen Halbinsel einzugehen. Diesem Wunsch komme ich gerne nach.

Die Stabilität der koreanischen Halbinsel ist untrennbar mit der Stabilität in der gesamten Region verbunden und der andauernde Konfrontationskurs des nordkoreanischen Diktators Kim Jong Un zur Internationalen Gemeinschaft, der sich in den vergangenen Wochen verschärft hat, darf nicht hingenommen werden.

Insgesamt sehe ich zwei Ursachen für die aggressive Politik Nordkoreas: Zum einen hat der junge Machthaber Kim Jong Un offenbar seine Führungsposition noch nicht vollständig abgesichert. Er muss wohl gegenüber den Militärs beweisen, dass er ebenso „ein harter Hund“ ist wie sein Vater und Großvater. Auch scheint er mit seinem militärischen Muskelspiel gegenüber seiner Bevölkerung von mangelnden innenpolitischen Erfolgen, vor allem in der

Wirtschaftspolitik ablenken zu müssen. Zum Zweiten will Kim III. "auf Augenhöhe" mit den USA über die Sicherung seiner Herrschaft verhandeln.

Deutschland und die Europäische Union verfolgen bei ihrer Politik zur Stabilisierung auf der koreanischen Halbinsel auch in der derzeit angespannten Situation weiterhin eine doppelte Strategie: Zum einen eine Vertiefung ihrer bilateralen Beziehungen mit Südkorea und zum anderen eine geschlossene Haltung gegenüber dem nordkoreanischen Regime. Dies kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass Deutschland und alle anderen Länder der Europäischen Union der Aufforderung des nordkoreanischen Regimes zur Evakuierung ihrer Botschaften nicht gefolgt sind und ihre Botschaften in Pjöngjang geöffnet halten. Die Regierung der Republik Korea begrüßte ebenso wie die US-Seite und andere Partner ausdrücklich die Aufrechterhaltung unserer europäischen diplomatischen Präsenzen in Nordkorea.

Von Seiten der Europäischen Union wird die aktuelle Lage auf der koreanischen Halbinsel mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und man steht diesbezüglich in einem intensiven Kontakt mit der chinesischen Seite. Die Europäische Union ist bereit, bei Bedarf ihre guten Dienste anzubieten, um zur Entspannung der Lage in der Region beizutragen. Dabei ist es von großem Vorteil, dass die Europäische Union in der Region keine strategischen Interessen hat und als neutraler Faktor wahrgenommen wird. Sicher kommt für die Europäische Union keine Vermittler-Rolle bei der Lösung des Nuklear-Problems auf der koreanischen Halbinsel in Frage. Sollten jedoch die Sechs-Parteien-Gespräche zwischen China, den USA, Russland, Japan und den beiden koreanischen Staaten wiederaufgenommen werden und in der Nuklear-Frage Fortschritte erzielt werden, so könnte sich daraus eine Art Nordostasien-KSZE entwickeln, die von der Europäischen Union mit dem europäischen Erfahrungshintergrund bei der Überwindung des Ost-West-Gegensatzes begleitet werden könnte. Ein Engagement der Europäischen Union in Nordostasien könnte übrigens auch dazu beitragen, dass Europa dort nicht länger nur als Krisenregion im Hinblick auf den EURO, sondern auch als konstruktives politisches Gestaltungselement wahrgenommen wird.

Die verschärften Sanktionen der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und der USA verstärken auch den Druck auf die VR China, mit eigenen Maßnahmen nachzuziehen. Die USA zeigen sich ihrerseits gesprächsbereit und wollen ihre Nordkorea-Politik noch stärker auf China ausrichten. Dabei suchen die USA

zunehmend auch die Abstimmung mit zentralen EU-Partnern, insbesondere mit Deutschland, Großbritannien und Frankreich. Davon zeugt auch der Besuch des Sondergesandten der USA für Nordkorea, Glyn T. Davies und des US-Sonderbeauftragten für die 6-Parteien-Gespräche, Clifford A. Hart, die im März Gespräche mit Vertretern des Auswärtigen Amtes und auch mit mir in Berlin führten.

Nordkorea ist nach Worten von US-Präsident Barack Obama übrigens nicht in der Lage, Raketen mit Atomsprengköpfen zu bestücken. In einem Interview des Senders NBC betonte er, dass er ausgehend von gegenwärtigen geheimdienstlichen Erkenntnissen nicht denkt, dass sie diese Fähigkeiten besitzen. „Aber wir müssen sicherstellen, dass wir auf alle Eventualitäten vorbereitet sind“, fügte der Präsident hinzu. „Ich kenne den politischen Führer Nordkoreas nicht. Aber mit seinem Verhalten und seiner Rhetorik habe Pjöngjang definitiv provoziert. Dies sei international einstimmig verurteilt worden. Ironischerweise hat es Nordkorea nur noch weiter isoliert“, sagte Präsident Obama.

Auch möchte ich auf das Treffen des amerikanischen Außenministers John Kerry mit dem chinesischen Außenminister Wang Yi verweisen, das von Deutschland und der Europäischen Union unterstützt wurde. Die Außenminister beider Länder fordern, dass Kim Jong Un sein Land abrüstet und kommen ihm entgegen, indem sie Gespräche anbieten.

Ministerpräsident Li Keqiang warnte bei seinem Treffen mit Außenminister Kerry vor weiteren Provokationen auf der koreanischen Halbinsel, die die Interessen aller Beteiligten verletzen würden. „Das wäre so, als wenn man einen Stein anhebt, um ihn auf seinen eigenen Zeh fallen zu lassen“, sagte Li Keqiang offensichtlich mit Blick auf Nordkorea. Beide Seiten haben sich laut Außenminister Kerry auf unmittelbare Gespräche über die nächsten gemeinsamen Schritte geeinigt. Hochrangige Vertreter der USA werden nach seinen Angaben bald für weitere Diskussionen nach China reisen. Der US-Außenminister hatte sich zuvor bereits offen für einen Dialog der USA mit Nordkorea gezeigt. Dies könnte eine Wiederaufnahme der Sechser-Gespräche mit Nordkorea, USA, China, Südkorea, Japan und Russland sein, aber auch bilaterale Treffen mit der nordkoreanischen Führung sind denkbar.

Die drei Atomwaffentests 2006, 2009 und im Februar dieses Jahres haben offensichtlich die Beziehungen zwischen der VR China und Nordkorea abkühlen

lassen. Die VR China kann es sich als Großmacht nicht leisten, vor der Weltöffentlichkeit von Nordkorea „vorgeführt“ zu werden und damit ihr Gesicht zu verlieren. Peking stimmte auch deswegen den jüngsten Sanktionen des UN-Sicherheitsrats gegen Pjöngjang zu. Neben seiner unerwartet raschen Zustimmung zur Sanktionsverschärfung gegenüber Nordkorea im Weltsicherheitsrat, hat die VR China aber auch unilaterale Maßnahmen gegenüber Nordkorea ergriffen, darunter die Einfrierung einiger proliferationsrelevanter Bankenverbindungen sowie die Verstärkung der Grenzkontrollen zu Nordkorea. Damit zeigt sich die VR China beim Thema Nordkorea als zunehmend verantwortungsvoller Spieler auf dem internationalen Parkett und signalisiert Pjöngjang immer deutlicher die Grenzen seiner geopolitisch motivierten Unterstützung.

Wie sehr die geschlossene Haltung der internationalen Gemeinschaft unter Einbeziehung der VR China aber auch Russlands Wirkung zeigt, beweist die Tatsache, dass Kim Jong Un am 15. April, anlässlich des Geburtstages seines Großvaters Kim Il Sung, die Waffen ruhen hat lassen und von einer weiteren Provokation absah. Ich bin daher zuversichtlich, dass der Druck der internationalen Gemeinschaft und die Gesprächsbereitschaft der USA Wirkung zeigen. Noch könnte Kim Jong Un sein Gesicht wahren. Denn letztlich würden bilaterale Gespräche mit Nordkorea für Kim Jong Un eine diplomatische Aufwertung und damit Prestige im eigenen Land bedeuten: Er könnte vor den Militärs und der Bevölkerung propagieren, dass seine Drohungen erfolgreich waren.

Trotz verbaler Attacken aus dem Norden ist Südkorea Ende März übrigens auf Nordkorea zugegangen: So schlug Seoul Pjöngjang die Wiederbelebung des Tourismusprojekts Kumgangsán vor, wenn Nordkorea Garantien für die Sicherheit der Touristen abgibt. Erste Genehmigungen für humanitäre Lieferung von NGOs nach Nordkorea wurden darüber hinaus erteilt. Zudem kündigte die koreanische Regierung an, noch in diesem Jahr mit Pjöngjang über Treffen getrennter Familien sprechen zu wollen. Auch nach Schließung der Sonderwirtschaftszone Kaesong bot die Republik Korea wiederholt Verhandlungen über die Fortführung der Sonderwirtschaftszone an.

Trotz „Kriegserklärung“ Nordkoreas bin ich insgesamt zuversichtlich, dass es den USA, der VR China und Russland gelingen kann, dass Nordkorea seinen Konfrontationskurs aufgibt und an den Verhandlungstisch zurückfindet. Betrachtet man das äußere Umfeld für Nordkorea, so war dieses noch nie so günstig für eine

dialogische Lösung wie jetzt: Die neue Führung in China kann an der Nordkorea-Frage ihre konstruktive Politikgestaltung in der Region beweisen. Der US-Präsident ist gestärkt wiedergewählt und kann ebenfalls einen außenpolitischen Erfolg zu Beginn seiner zweiten Amtszeit gut gebrauchen. Mit Park Geun Hye hat Südkorea eine neue Präsidentin, die durch ihren seinerzeitigen spektakulären Besuch bei Kim Jong Il ihre Dialogbereitschaft mit Nordkorea bewiesen und bei Ihrem Amtsantritt erneut erklärt hat.

Insbesondere im Hinblick auf die beiden Jubiläen „130 Jahre Deutsch-Koreanische Beziehungen und „50 Jahre deutsch-koreanisches Anwerbeabkommen“ sollte sich Deutschland sich seiner Verantwortung auf der koreanischen Halbinsel bewusst sein, zur Entspannung auf der koreanischen Halbinsel gerade in der jetzigen angespannten Situation beizutragen.

Deutschland verband 40 Jahre mit Korea das Schicksal der Teilung. Daher sollte es für Deutschland auch eine besondere Verpflichtung sein, auf eine Entspannung und Einheit auf die Stabilität auf der koreanischen Halbinsel einzuwirken.

Die Bundesrepublik Deutschland hat viel Verständnis für die Situation im geteilten Korea und für den Wunsch der Republik Korea, auf eine Überwindung der Teilung einzuwirken und dabei die Erfahrungen anderer Länder zu nutzen. Natürlich wissen wir, dass jedes Land seine eigenen historischen und politischen Gegebenheiten und Besonderheiten hat. Aber wir sind gerne bereit, die Erkenntnisse und Erfahrungen, die wir bei der Lösung der deutschen Frage und bei der Gestaltung der Deutschen Einheit gewonnen haben, auch an unsere koreanischen Partner weiterzugeben.

Ich begrüße es daher sehr, dass am 1. Oktober 2010 der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Christoph Bergner MdB, und der stellvertretende Minister für Vereinigungsfragen der Republik Korea, Chun Sig Kim, in Berlin ein „Memorandum of Understanding“ zur künftigen Konsultation in Wiedervereinigungsfragen unterzeichnet haben. Beide Seiten erklären darin ihre Absicht, ein Expertengremium zu errichten, das den Austausch von Informationen und wissenschaftlichen Erkenntnissen über den deutschen Vereinigungsprozess unterstützt und die Frage ihrer Nutzbarmachung für die koreanische Vereinigungspolitik erörtert. Unter anderem wird Deutschland soweit möglich der Republik Korea auf ihren Wunsch

hin staatliche Dokumente und weitere historische Unterlagen zum deutschen Einigungsprozess zur Verfügung stellen.

Ebenso möchte ich auf das bilaterale Deutsch-Koreanische Forum verweisen, das im Jahr 2002 im Beisein des damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau und des südkoreanischen Ministerpräsidenten Lee Han-dong in Seoul gegründet wurde und seitdem jährlich abwechselnd in Deutschland und Korea tagt. Das Deutsch-Koreanische Forum, dessen deutscher Ko-Vorsitzender ich bin, führt deutsche und koreanische Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zusammen, berät über die wichtigen Fragen der deutsch-koreanischen Beziehungen und richtet seine Empfehlung an die Regierungen beider Länder.

Die Bedeutung des Deutsch-Koreanischen Forums wird auch dadurch unterstrichen, dass Bundespräsident Joachim Gauck seine Teilnahme am kommenden XII. Deutsch-Koreanischen Forum in Goslar zugesagt hat. Im Rahmen des Deutsch-Koreanischen Forums werde ich gemeinsam mit Herrn Bundespräsidenten Gauck in der Kaiserpfalz zu Goslar am 21. Juni 2013 eine deutsch-koreanische Gemeinschaftsbriefmarke der Öffentlichkeit vorstellen, zu der neben den Forumsteilnehmern zahlreiche weitere hochrangige Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft erwartet werden.

Das deutsch-koreanische Verhältnis ist traditionell freundschaftlich und vertrauensvoll. 2013 steht im Zeichen von 130 Jahren bilateraler Beziehungen: Am 26. November 1883 schloss das Deutsche Reich mit dem Königreich Korea einen Handels-, Freundschafts- und Schifffahrtsvertrag. Deutschland genießt in Korea vielfach Sympathien: So einen Deutschland und Korea das Schicksal der Teilung und der spektakuläre wirtschaftliche Aufstieg in der Nachkriegszeit. Die deutsche Wiederaufbauhilfe nach dem Koreakrieg ist unvergessen: Dieser gegenseitige Austausch bestand zum einen aus Kreditzusagen an Korea in Höhe von 590 Mio. DM in den 1960er und 70er Jahren, sowie zum anderen aus der Entsendung koreanischer Krankenschwestern und Bergarbeiter. Deutsche Erfahrungen im Hinblick auf Teilung, Annäherungspolitik und Einigungsprozess bieten der koreanischen Politik und Wissenschaft zweifellos wichtige Anregungen für den eigenen Weg.

Die Wiederannäherung Nord- und Südkoreas kann jedoch nur in internationalen Zusammenhängen gesehen werden. Auch dieser Prozess braucht zwingend die Unterstützung durch die internationale Staatengemeinschaft Durch die Vereinten

Nationen, durch die politischen global player, durch die regionalen Mächte und vor allem durch regionale Organisationen.

Die Bundesregierung, aber auch die Europäische Union, leistet in diesem Zusammenhang durch enge politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Beziehungen zu Südkorea und einer klaren Haltung gegenüber Nordkorea einen wichtigen Beitrag zur Stabilität auf der koreanischen Halbinsel und für einen friedlichen Annäherungsprozess zwischen den beiden Staaten. Trotz der angespannten Lage auf der koreanischen Halbinsel bleibe ich zuversichtlich, dass es der internationalen Staatengemeinschaft gelingen wird, dass der Annäherungsprozess auf der koreanischen Halbinsel mit dem Ziel einer Wiedervereinigung fortgeführt wird. Insbesondere vor dem Hintergrund unserer 130-jährigen bilateralen Beziehungen wird Deutschland hierzu auch weiterhin seinen Beitrag leisten.

Gerade aufgrund unserer eigenen Geschichte bedeuten zwei Jahrzehnte Deutsche und Europäische Einheit auch, dass wir Deutsche und Europäer zu unserer Verantwortung stehen, dass die Stabilität in Nordostasien gewahrt bleibt und die gesamte koreanische Halbinsel wieder Teil unserer freiheitlichen, demokratischen Staatengemeinschaft wird und die Menschen dort dauerhaft in Frieden, unter rechtstaatlichen, die unveräußerlichen Menschenrechte wahrenen Verhältnissen in Freiheit und Sicherheit leben können.